

Entschließungsantrag **der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zur Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung in der Europapolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach dem äußerst knappen Ergebnis des Referendums in Frankreich ist offensichtlich geworden, daß die Akzeptanz des Unionsvertrages in den EG-Ländern keine solide Basis hat. Umfragen zufolge lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland den Vertrag sogar ab.

Diese Kritik in der Bevölkerung bedeutet aber keine Abkehr von Europa. Nehmen Parlament und Regierung die vielfach geäußerten Bedenken und Sorgen jedoch nicht ernst, so werden jene politischen Kräfte gestärkt, die sich der öffentlichen Skepsis bedienen, um mit aggressiven nationalistischen Parolen Stimmung gegen Europa und gegen die Demokratie zu machen.

Parlament und Regierung sollten daher ihre besondere Verantwortung wahrnehmen und die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Das setzt erst einmal voraus, sich verstärkt den kritischen Fragen zu stellen. Das erfordert aber auch die Bereitschaft, an das Ende dieser Diskussion ein Referendum zu setzen und dessen Ergebnis als verbindliche Entscheidung des Volkes anzuerkennen.

Die breite öffentliche Debatte und die gemeinsame Entscheidung sind die Voraussetzungen für eine demokratische Fundierung Europas. Eine solche Chance für die Einigung Europas muß genutzt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich mit den Regierungen der Partnerländer über eine Verlängerung der Ratifizierungsfrist von mindestens sechs Monaten zu verständigen, um so genügend Zeit für eine breitangelegte öffentliche Diskussion zu gewinnen;

2. gemeinsam mit dem Parlament die notwendigen Voraussetzungen für einen Volksentscheid über den Unionsvertrag zu schaffen.

Bonn, den 24. September 1992

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe